Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21.
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,550.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 355. Donnerstag den 21. December 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die zur Zeit Weststraße 20, in der Lindenapotheke befindliche

dritte Filiale der städtischen Sparcasse,

verbunden mit **Sparmarkenverkauf** und Sparkartenausgabe, wird **vom 1. Januar 1883 ab** nach **Weststraße 17** in die **Eisen- und Kurzwaarenhandlung** des **Herrn Heinrich Unruh** verlegt.

Leipzig, den 18. December 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Erlaubter Anzeige zufolge hat der Dienstknecht **Otto Oswald Wenzig aus Pöhlig** das ihm vom Gemeindevorstand zu Großbothen im Jahre 1878 ausgestellte Dienstbuch verloren.

Im Auffindungsfalle ist dasselbe an uns abzugeben.

Leipzig, den 14. December 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Z. S.
Junck, Pol.-Rath. H.

Nicolaigymnasium.

Anmeldungen für das neue Schuljahr wird der Unterzeichnete **am 9., 10., 11. und 12. Januar** in seinem Dienstzimmer entgegennehmen. Formulare zu denselben können schon vorher durch den Castellan (Schulgebäude parterre) bezogen werden.

Leipzig, den 19. December 1882. Dr. Th. Vogel.

Nichtamtlicher Theil.

Das außerordentliche französische Budget.

Die Verhandlungen, welche die französische Abgeordnetenkammer in den Tagen vom 11. bis zum 16. December über das außerordentliche Budget geführt hat, gewähren einen tiefen Einblick in die französische Finanzverwaltung und zeigen, bis zu welchem Grade die Leichtfertigkeit der Volksvertretung in Frankreich gediehen ist. Dort werden öffentliche Bauten ausgeführt, die nach der Schätzung des Finanzministers jährlich 300 Millionen Francs, nach der des Berichterstatters aber das außerordentliche Budget sogar 600 Millionen Francs jählich verschlingen, ohne daß für diese Summe eine entsprechende Deckung vorhanden wäre. Weder Regierung noch Volksvertretung machen sich darüber Sorgen, sie meinen, wenn das Bedürfniß da ist, wird auch das Geld zu finden sein, und so wird denn immer weiter gewirthschaftet. Der Finanzminister irrt sich bei Aufstellung des Budgets etwa um 100 Millionen Francs — das schadet nichts, er versichert, daß die Finanzen Frankreichs sich im besten Stande befinden und die Volksvertretung nimmt diese Versicherung gläubig hin; bestätigt doch der Director des Credit Lyonnais, daß die Finanzlage günstig sei, mögen auch andere Leute den Kopf noch so sehr dazu schütteln. Charakteristisch ist auch der Grund, aus welchem Soubeyran, ein bonapartistischer Abgeordneter, seinen Antrag zurückgezogen hat, die Eisenbahnen einzuschränken; er sagte: „man legt meinem Antrage eine politische Bedeutung bei, deshalb verzichte ich auf denselben." Noch in derselben Sitzung der Kammer wurde alsdann das außerordentliche Budget mit 466 gegen 2 Stimmen votirt, es wird also rüstig fortgebaut.

Das Merkwürdigste an dem großen Eisenbahnnetz ist, daß seine Rentabilität sehr zweifelhaft ist, weil die meisten Bahnen, die nicht militairischen Zwecken dienen, solche sind, welche von den Abgeordneten ihren Wählern versprochen wurden, und um den Skandal voll zu machen, sollen die Bürgermeister innerhalb des Departements, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, freie Fahrt bekommen, wodurch die Zahl Derer, welche dieses Vorrecht genießen, auf 30,000 anwachsen würde.

Das Votum vom 16. December reiht sich dem vom 29. Juli würdig an, denn in beiden Fällen wurde nur die Empfindung, aber nicht der Verstand zu Rathe gezogen. Die Budgetberathung im Parlamente hat den Zweck, daß man die Ausgaben prüft, ob sie nöthig und nützlich sind und ob sie mit den Einnahmen in richtigem Verhältniß stehen; aber in diesem hinein ungeheure Summen bewilligen, welche weit über die zu Gebote stehenden Mittel hinausgehen und die ohne Nachtheil entbehrt werden können, dafür haben wir überhaupt kein Verständniß. An Warnungen von allen Seiten hat es keineswegs gefehlt, ja sogar das Ausland hat die sehr gewagten Finanzoperationen der französischen Regierung einer scharfen Kritik unterzogen, aber es scheint fast, als ob das den Bewilligungseifer der Franzosen nur noch erhöht hätte. Einiges Licht über die Beweggründe dieses Eifers verbreitet der Bericht des Abgeordneten Ribot über das außerordentliche Budget. In demselben heißt es nämlich, daß bereits 2½ Milliarden in den letzten Jahren für militairische Zwecke ausgegeben wurden, und außerdem wurde erwähnt, daß die Marine für außerordentliche Ausgaben etwa 400 Millionen Francs nöthig habe; endlich steht fest, daß ein großer Theil der projectirten Eisenbahnen ebenfalls Kriegszwecken dient und daß deshalb mit so fieberhafter Eile daran gebaut wird, daß im letzten Jahre 1500 Kilometer Eisenbahnen hergestellt wurden.

Unter solchen Umständen kann man sich nicht wundern, wenn Duclerc und Greyß ihre Bedenken darüber äußern, daß der Marineminister auch noch eine Expedition nach Tonkin ausrüsten will, nachdem schon für die Congo-Expedition des Herrn Brazza die nöthigen Millionen bewilligt sind. Mag auch Frankreich jetzt in afrikanischen und asiatischen Expeditionen Beruhigung suchen für Das, was es in Egypten zu thun unterlassen hat, so ist doch der letzte Zweck aller willkürlichen Vorbereitungen die große patriotische Anstrengung, wie sie Ribot in seinem Bericht nannte, oder mit anderen Worten: der Rachekrieg gegen Deutschland. Deshalb sind auch die Franzosen hoch erfreut über die Enthüllungen der „Kölnischen Zeitung" und hoffen, daß ein ernstes Zerwürfniß zwischen Deutschland und Rußland besteht, welches die baldige Wiedereinsetzung Ignatieff's auf einen Ministerposten erwarten läßt. Das Erscheinen dieses Mannes in Gallicien ist für sie der Werthmesser für die diplomatische Stellung des Herrn v. Giers, und sie hoffen, daß diese vollständig verunglückt ist. Was man wünscht, das glaubt man, und deshalb läßt man in Frankreich das außer Acht, was gegen solche Auffassung spricht.

So schnell die französische Kammer sonst bereit war, einem Ministerium beim geringsten Fehler oder beim Auftauchen einer Meinungsverschiedenheit den Laufpaß zu geben, mit so großer Zähigkeit hält sie diesmal an dem Ministerium Duclerc fest, welches sie bis zu dem Augenblick aufsparen zu wollen scheint, wo wichtige Zeitumstände auch bedeutende Männer erfordern. Nur so wird der Leichtsinn erklärlich, mit welchem die Kammer am 16. December fast einstimmig das außerordentliche Budget votirt hat. Es ist ganz beiläufig bekannt geworden, daß beim Beginn des nächsten Jahres ein Ministerwechsel erwartet wird, und zwar hieß es, daß Jauréguiberry nicht zurücktreten würde, weil vor dem nächsten Jahre überhaupt kein Ministerwechsel beabsichtigt werde.

Noch eine andere Gelegenheit bot sich vor Kurzem dar, bei welcher die Franzosen einmal wieder aus der Rolle fielen und ihre wahre Gesinnung rückhaltlos zu erkennen gaben. Der Thierarzt Antoine in Metz hat bekanntlich neulich einen Wahlaufruf erlassen, um sich an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Besancon als Candidat für den Reichstag zu präsentiren. Er hat darin die Ungerechtigkeit der Annexion Elsaß-Lothringens in der schroffsten Form betont und die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Provinz bald mit Frankreich wiedervereinigt werden möge. Die französische Presse hat seine Erklärungen mit leidenschaftlichen Ausbrüchen von Deutschenhaß begrüßt, und das Höchste hat darin die „France" geleistet, welche von dem blödsinnigen Gelächter spricht, das der Reichstag anzustimmen pflegt, sobald ein Abgeordneter aus Elsaß-Lothringen das Wort ergreife. . . . Der blutige Fortschritt werde dem früher oder später ein Ende machen.

Das sind die Symptome, welche die nöthige Aufklärung für die Berathungen über das außerordentliche Budget geben und die fast einstimmige Bewilligung desselben verständlich machen. Unter regelmäßigen Verhältnissen wäre eine so ungeheure Geldverschleuderung eines tief verschuldeten, wenn auch reichen Landes nicht denkbar; nur, wenn man erwägt, daß die Franzosen jede Summe bewilligen, durch welche sie ihrem Ziel, der Revanche für Sedan und Paris, näher zu rücken hoffen, dann sind solche offenbaren Thorheiten möglich wie die Abstimmung vom 16. December.

Leipzig, 21. December 1882.

* Aus Berlin wird uns vom Dienstag geschrieben: „Die letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien zeigte das Abgeordnetenhaus in der zu dieser Zeit gewohnten Beschlußunfähigkeit. Der größere Theil war bereits abgereist, und die wenigen Anwesenden hofften auf eine glatte und schnelle Erledigung der Tagesordnung. Doch Herr Majunke hatte es anders beschlossen. Die Debatte über den Etat der Staatsarchive war gestern vertagt worden, und der Freiherr v. Heereman holte seine gestrige Verstümmniß heute nach und griff den Generaldirector der Archivverwaltung, Herrn v. Sybel, tapfer an, indem er dabei sogar dem Polen Kantak seine Unterstützung lieh und seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß durch die wissenschaftlichen Arbeiten eines Archivbeamten die „Gefühle der Polen verletzt würden." Ihm folgte Herr Majunke. Dieser gehörte Herr vermag seinen Haß gegen alles Protestantische und gegen Herrn v. Sybel kaum zu zügeln, und so benutzte er die heutige Gelegenheit, um sich nicht nur über die Publicationen v. Poschinger's zu beklagen, sondern auch die „Prätension des evangelischen Kaiserthums" zurückzuweisen. Wahrhaft naiv erschien der geehrte Herr, als er hervorhob, daß Fürst Bismarck in der Politik falsche Bahnen eingeschlagen habe, es wäre Alles ebenso und vielleicht noch besser gekommen, wenn man ihm und seiner Partei gefolgt wäre. Freilich ist zu berücksichtigen, daß Herr Majunke ein besonders begabter und entwickelter Herr ist, denn im Jahre 1866 drückte er noch die Schulbank und in den Jahren 1848—49 vermochte er besser zu lallen als zu sprechen. Es blieb nicht unbemerkt, daß Herr Windthorst die Gelegenheit mit Eifer benutzte, um seiner deutsch-nationalen Gesinnung und Anhänglichkeit an unsern Kaiser Worte zu leihen, wobei er freilich wiederum nicht verfehlte, sein schmerzliches Bedauern darüber auszusprechen, daß im deutschen Reiche die Katholiken den Protestanten nachgesetzt würden und daß den ersteren überhaupt das Ohr des Monarchen nicht zugänglich sei.

Nachher ging es glatt; die Etats der Bau- und Staatsschuldenverwaltung wurden erledigt und man sagte sich Adieu bis zum zehnten Januar nächsten Jahres. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre stehen besonders Berichte der Petitions- und Wahlprüfungscommissionen. — Uebrigens wird unmittelbar nach Neujahr auch das Herrenhaus eine Reihe von Sitzungen abhalten.

Im Reichstage beginnen die Sitzungen bereits am 9. Januar und sieht man wichtigen Debatten entgegen. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß Fürst Bismarck, sofern es bis dahin sein Gesundheitszustand irgend zuläßt, in jedem Fall im Reichstage erscheint, um sich nicht nur an der Fortsetzung der Etatsberathung zu betheiligen, sondern sich auch über die politische Lage überhaupt auszulassen.

Die Zusammensetzung der Commission zur Vorberathung des Licenzsteuergesetzes stellt sich als eine ganz eigenthümliche dar. Die Conservativen haben auffälliger Weise Herrn v. Rauchhaupt nicht in die Commission geschickt. Oder wollte er vielleicht das Mandat nicht annehmen? An seiner Stelle finden wir den Freund Stöcker's, Herrn Dr. Kropatscheck, Gymnasialoberlehrer in Brandenburg a. H.; außerdem ist der Chefredacteur der „Kreuzzeitung", Baron v. Hammerstein, ursprünglich Forstmann, der sich bisher besonders in kirchlichen Angelegenheiten hervorthat, von den Conservativen in die Steuercommission gewählt worden. Das Centrum hat Herrn Dr. Windthorst in die Commission gesandt, der sich bisher niemals um Finanzangelegenheiten gekümmert hat, außerdem einen Rittmeister, den Prinzen von Arenberg, und den Scharfrichterfegermeister Metzner. Ihre bedeutenderen Führer haben nur die Liberalen und die Freiconservativen gewählt, die Herren v. Bennigsen, v. Bendа, Hobrecht, Rickert, Hänel und Büchtemann, sowie den Freiherrn v. Zedlitz, Dr. v. Bitter, Graf Limburg-Stirum und Stengel. Auffallen muß es bereits sehr, daß zum Vorsitzenden der Commission kein Conservativer, sondern gerade Herr Hobrecht gewählt worden ist, der als preußischer Finanzminister der Vorgesetzte des Herrn Scholz war, mit welchem er in der vorigen Woche im Reichstage ziemlich hart ins Wortgefecht kam. In parlamentarischen Kreisen hat man diese Wahl bereits als eine ausdrückliche Demonstration gegen die Regierung aufgefaßt, und glaubt in der That fast Niemand mehr daran, daß das Gesetz irgendwie zu Stande kommt. Nachdem die „Post" gestern diese Meinung bereits ausgesprochen, wiederholt heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Auffassung, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die Vorlage in der Commission begraben werden wird, und daß aus diesem Grabe, wie sich das officiöse Blatt poetisch ausdrückt, „kein Phönix, der der Mehrheit des Hauses gewiß wäre, hervorsteigen" wird. Die „Norddeutsche" giebt den Conservativen einen Beweis, daß sie und die Freiconservativen diesmal nicht einig sind, und meint, daß die Regierung schon froh wäre, wenn sie auch nur eine Minorität hinter sich hätte. Allerdings tröstet sich die Officiöse in ihrer bekannten bewundernswerthen Weise am Schlusse selbst. Das Blatt giebt sich damit zufrieden, daß in einigen Monaten wieder nichts zu Stande gebracht sein wird, behauptet jedoch, daß bis jetzt sachlich haltbare Einwendungen gegen die Licenzsteuer von keiner Seite vorgebracht worden sind. Allein die Regierung hat wieder Recht, und es kommt nicht darauf an, — so sagt die „Norddeutsche" — ob die Regierung in der nächsten Entscheidung über ihre Vorlage die Majorität hat, sondern auch darauf, mit welcher Majorität sie nicht blos quantitativ, sondern qualitativ aus der Abstimmung hervorgeht.

Das ist die alte Auffassung, die von Seiten der „Norddeutschen" wiederholt vorgebracht worden ist, die aber darum doch immer jedem Parlamente gegenüber durchaus unzulässig bleibt, daß man die Stimmen nicht zählen, sondern wägen solle. In der Volksvertretung gilt die eine Stimme so viel als die andere, und nicht die Regierungsminoritäten mehr als die oppenirende Majorität. Wenn im Uebrigen der Regierung ernstlich daran gelegen wäre, etwas zu Stande zu bringen, so brauchte sie nur auf den vom Abgeordneten v. Bennigsen skizzirten Plan einzugehen, der, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, nicht nur bei den liberalen Parteien, sondern auch in den Reihen der Freiconservativen, ja sogar der Conservativen und auch beim Centrum zu einem Theile Anklang findet."

* Die russische Politik ist doppelköpfig und doppelzüngig, gleich dem russischen Wappenvogel. Sie hat ihre offizielle Tendenz, daneben aber ihre panslavistischen Liebhabereien. Das durch Herrn von Giers vertretene officielle Rußland kann schon aus seiner selbst willen gar nicht anders, als dem in Europa gegenwärtig vorherrschenden System beipflichten. Sowohl die monarchischen als die cultureller Ueberlieferungen des Zarenreiches weisen es auf ununterbrochene und enge Fühlung mit dem „Westen" hin. Daneben aber führen die „elementaren Instincte" des Moskowiterthums ihr gesondertes Dasein, und letzteres glaubt sich im Bunde mit dem Panslavismus und Nihilismus stark genug, den Staatsmännern und Diplomaten des officiellen Rußland Gesetze ihres Verhaltens aufzwingen zu können, welche über kurz oder lang in einer allgemeiner europäischen Verwirrung zum Vorschein kommen müssen, wenn es nicht gelingt, den dreisten moskowitischen Chauvinismus unschädlich zu machen. An hervorragender Stelle hat es die „Nordd. Allgem. Zeitung" gestern mit seltener, aber desto bezeichnender Offenheit ausgesprochen, daß die wirkliche Schuld an dem zwischen Deutschland und Rußland herrschenden Mißtrauen einzig in dem Gebahren der letzteren Macht gefunden werden kann und einzig auf unberechtigte Empfindlichkeiten der öffentlichen Meinung Rußlands zurückzuführen ist, sofern dieselbe der deutschen Politik die Hauptverantwortlichkeit für den vermeintlichen russischen Mißerfolg auf dem Berliner Congresse in die Schuhe schob. Das genannte Blatt zählt den russischen Blättern ihre Angriffe auf die damalige deutsche Politik mit gleicher Münze heim, gleichsam als ob es einen Wink nach St. Petersburg beabsichtigte, daß Deutschlands Langmuth und Geduld nicht unerschöpflich seien. Jenseits der Vogesen nimmt man von den deutsch-russischen Preßplänkeleien anscheinend nur geringe Notiz; desto angelegentlicher wird die Wahrscheinlichkeit einer die französischen Interessen am Nil berücksichtigenden Einigung mit England erörtert, und nebenbei auf schärfere Betonung der französischen Colonialpolitik gedrungen. Madagaskar tritt einstweilen vor Tonkin in den Hintergrund. In Tonkin will die Republik jetzt Ernst machen und dem dort stationirten kleinen Detachement mit einer regelrecht organisirten Expedition unter die Arme greifen. Nach den neuesten Meldungen würde Frankreich in Tonkin völlig freie Hand vorfinden, da die Chinesen das Land anscheinend definitiv geräumt haben.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", welche jetzt fast täglich „freiwillig-gouvernementale" Auslassungen als „kalte Wasserstrahlen" nach St. Petersburg richtet, wendet sich heute nach Frankreich. Das officiöse Blatt schreibt:

Es ist bezeichnend für die in Paris herrschende Stimmung, daß sich die republikanische und sogar die radicale Presse mit großem Eifer für Beibehaltung und Vermehrung der der Regierung zur Verfügung gestellten geheimen Fonds ausspricht. Das „XIX. Siècle" findet, daß die zwei Millionen geheime Fonds, über die der Minister des Innern verfügt, sehr wenig seien. Das Blatt meint, daß diese Summe im Innern nöthig sei, um die Unzulänglichkeit der von den Kammern bewilligten Credite auszugleichen und Bedürfnisse der Regierung zu decken, für welche die Kammer keine Vorsorge getroffen habe, wie z. B. die Unterstützung ungenügend besoldeter Beamten. Vor Allem aber sei diese Ausgabe dem Auslande gegenüber unentbehrlich. Niemand werde zweifeln, sagt das „XIX. Siècle", daß Deutschland einige sanfte Landschaftsmaler und einige geschickte Photographen nach Frankreich gesandt habe, um zufällig ein croquis von Festungen oder ein Profil der französischen Berge aufzunehmen. Es sei deshalb nöthig, daß man als Compensation für die Preußen, die unter der Maske der Elsässer nach Frankreich kamen, einige brave Elsässer („espions que je salue") nach Deutschland sende, um sich zu unterrichten, wie deutsche Kanonen und Gewehre fabricirt werden. Eine Regierung, die diese Ausgaben nicht machte, sei ein Verräther. Oeffentlich könne man dazu die Mittel aber nicht fordern, deshalb seien die geheimen Fonds unentbehrlich. Der radicale „Rappel" findet, daß man über die Fonds des Ministeriums des Innern discutiren könne. Dagegen hält er die des Ministeriums des Aeußern und des Krieges für ungenügend. Um sich von der Wahrheit dieses Satzes zu überzeugen, brauche man nur seine Blicke nach Deutschland zu richten. Deutschland unterhalte mit seinen geheimen Fonds Journale im Auslande, verbreite mit deren Hülfe deutsche Ideen, bekämpfe überall den französischen Einfluß und erreiche hier und da den Zweck, Frankreich seine Alliirten zu entfremden. „Wo Deutschland Millionen ausgiebt", sagt der „Rappel", „können wir aus unserer Tasche nur einige Tausendfrancsbillets hervorholen, die Erinnerung an die deutsche Spionage von 1870 sollte uns doch eine Lehre sein!"

* Zu dem Capitel der Spannung zwischen Rußland einerseits und dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn andererseits wird des Weiteren der „Kölnischen Zeitung" aus Wien geschrieben:

Die Italien freundliche Richtung seines Vorgängers hat Graf Kalnoky nicht in gleicher Weise übernommen, und die verschiedenen Triester Marinevorschläge konnten nicht dazu beitragen, ihm größere Sympathien für das „italienische Bündniß" einzuflößen. Die Erklärungen des früheren Sectionschefs im Auswärtigen Amte, derzeitigen Reichsfinanzministers Herrn v. Kallay, in der vorjährigen Delegationssitzung lauteten wenig freundlich für Italien, und man hatte große Mühe, das „Mißverständniß", wie es damals hieß, zu beseitigen. Auch die Antwort, welche in der letzten Delegationssitzung Graf Kalnoky auf die bestellte Interpellation des ungarischen Delegirten Merz Fall bezüglich des Gegenbesuches des Kaisers am italienischen Hofe abgab, übten einen nicht oder weniger erfreulichen Einfluß, mag diese Wirkung nun beabsichtigt gewesen sein oder nicht. Heute — und das darf mit voller Bestimmtheit gesagt werden — geht man sich in unsern leitenden Kreisen noch kühler gegen Italien als bisher; man argwohnt scheinbar, daß die längere Anwesenheit des Herrn v. Giers in Rom, die Berhandlungen und Berathungen, welche derselbe offen und privatim mit den italienischen Staatsmännern führt, eine Spitze gegen Oesterreich-Ungarn haben. In diesem Zeitpuncte gewinnen die neuerlichen Veröffentlichungen bezüglich des deutsch-österreichischen Bündnisses doppelt an Bedeutung, und sie werden ihre Wirkung in gewissen Hofkreise nicht verfehlen. Das deutsch-österreichische Bündniß wurde abgeschlossen gegenüber der von Rußland drohenden Gefahr, einer Gefahr, die sich gewiß zunächst für Oesterreich-Ungarn geltend gemacht haben würde. Nicht Deutschland, sondern Oesterreich ist der erste Gegner des Panslavismus. Gegen die habsburgische Monarchie richten die kriegerischen Parteien im Zarenreiche zunächst ihre Pläne nicht nur, weil sie den panslavistischen Bewegungen auf der Balkanhalbinsel einen Riegel vorgeschoben gewiß scheint, sondern auch, weil Oesterreich der schwächere Theil der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte ist. Wenn also eine hitzige kleine, abgewirthschaftete Partei, die leider ihre spärlichen Anhänger noch unter Deutsch-Oesterreichern sucht, sich und der Welt vorreden möchte, Deutschland gewinne bei dem Bündnisse, welches im October 1879 abgeschlossen, mehr als das Donaureich, so ist das einfach unverständlich. Rußlands Feindschaft gegen Deutschland schreibe sich zu erst von jenem Tage her, an dem man in Petersburg inne wurde, daß der Weg nach Konstantinopel nicht blos über Wien, sondern auch über Berlin führt. Wenn Deutschland sich jemals entschließen könnte, Oesterreichs Balkaninteressen preiszugeben, so stände einer Verständigung zwischen den beiden nordischen Kaisermächten nichts im Wege. Dagegen kann Oesterreich Rußlands Freundschaft nur mit dem Opfer seiner Lebensinteressen im Südosten erkaufen. Dem Gesichtspuncte einer antirussischen Orientpolitik lernen deshalb gerade jene Elemente allgemach das Bündniß mit Deutschland in realistischer Weise schätzen, deren nationale oder religiöse Gesittungswelt sich gegen die starke Eigenart des deutschen Reiches lebhaft auflehnt, wie nebenan Oesterreichs Slaven und Klerikale. Alle wirklich konservativ Denkenden zucken hier deshalb schelmisch die Achsel, wenn man davon spricht, daß in dem Bündnisse Deutschland der geschützte Theil sei; Jedermann weiß ja, daß, wenn der Ernst der Weltgeschichte wirklich einmal einen Ausgleich zwischen rivalisirenden Staaten fordern sollte, welcher der jetzigen politischen Constellation nicht entspräche, der Weg von Berlin nach Petersburg und Rom immer noch weit leichter sein würde, als der von Wien nach Petersburg und Rom.

* Bei der Nachwahl zum Reichstag im Wahlkreis Flatow-Schlochau erhielt der bisherige Abg. v. Tepper-Laski (deutsche Reichspartei) 6481, v. Kowierowski (Pole) 5361 und Wilkens (nationalliberal) 2686 Stimmen, so daß zwischen den beiden erstgenannten eine Stichwahl stattfinden muß, die voraussichtlich für Herrn v. Tepper-Laski entscheiden wird. Bei der vorjährigen Wahl siegte der Genannte mit 9223 Stimmen über einen Polen mit 4264 und einen Centrumscandidaten mit 2790 Stimmen. — Die im Wahlkreis Grünberg-Fraustadt durch den Tod des nationalliberalen Abg. Jacobi nothwendig gewordene Neuwahl ist auf den 27. Januar ausgeschrieben.

* Bezüglich des neulichen Beschlusses des Bundesrathes, die Eingabe der mecklenburgischen Pastorenconferenz bezüglich der Beseitigung der obligatorischen Civilehe betreffend, wird noch berichtet, daß abgesehen von Mecklenburg, keine der Regierungen sich für die Absichten der Petenten ausgesprochen hat.

* Die Verwaltungsreformvorlagen sind dem Abgeordnetenhause zugegangen. Es sind drei Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung, Abänderung des Gesetzes betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren, und ein Gesetzentwurf betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichte.

* In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses bestritt der Abg. Majunke mit der ihm eigenen Bestimmtheit dem Agg. v. Eynern gegenüber, daß der Papst einen von dem Feldmarschall Daun gegen Friedrich den Großen zu gebrauchenden Degen geweiht habe. Seine sich auf die Werke Friedrich's des Großen stützende Beweisführung dürfte indessen nicht stichhaltig sein. Friedrich der Große theilt mit, daß er das Factum, die Weihe des Degens, in einer von ihm verfaßten, dem Papste untergelegten Bulle besprochen habe, um diese Weihe lächerlich zu machen. Die Thatsache der Weihe des Degens wird aber gar nicht bestritten und auf diese allein kommt es an, nicht auf den von Friedrich dem Großen entwickelten Humor.

* * *

* Aus Praskowoja im Gouvernement Stawropol ist die erbauliche Mittheilung eingetroffen, daß es dort am 26. November zwischen Bauern und Soldaten zu einem regelrechten Scharmützel gekommen ist, in welchem „sechs bis acht" (so genau kommt es nicht darauf an) Bauern durch scharfe Schüsse verwundet wurden. Veranlassung zu diesem Excesse gab auch diesmal, wie so oft schon, das ewig Weibliche in Gestalt der Dorfschönen, welche hauptsächlich von den Herren Officieren eifrig verfolgt wurden. Am 26., an einem Sonntage, geriethen nun deswegen, wie die „Rußkija Wedomosti" melden, in der Dorfkneipe Bauern und Soldaten aneinander und es wurde eine förmliche Schlacht geliefert, in welcher die letzteren von den Schußwaffen Gebrauch machten, und zwar mit dem oben erwähnten Erfolg. Aus Rache dafür erschlugen aber die erbitterten Bauern in der folgenden Nacht den Compagniechef, den man morgens ermordet auf der Straße fand. Es soll wegen dieses Vorfalles eine „strenge" Untersuchung eingeleitet worden sein.

* Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit, auf die Sensationsnachrichten aufmerksam zu machen, welche seit einiger Zeit die polnische Presse Galiziens über russische